

Eingangsstempel

Förderungsnummer

Bitte jedes Feld sorgfältig in Druckschrift ausfüllen bzw. ankreuzen und Nichtzutreffendes streichen.

Beachten Sie bitte die Hinweise auf Seite 4 und die allgemeinen Hinweise im Merkblatt.

Stand: 2018

Antrag auf Förderung einer beruflichen Aufstiegsfortbildung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Zeile

1 **Haben Sie bereits früher einen Antrag auf Leistungen nach dem AFBG gestellt?** ja nein

2 Wenn ja, bei welchem Amt? bisherige Förderungsnummer

1. Antragstellerin/Antragsteller

3 Familienname Geburtsname – wenn abweichend –

4 Vorname(n) männlich weiblich

5 Straße (Anschrift am ständigen Wohnsitz) Hausnummer

6 ggf. Auslands-kennzeichen Postleitzahl Wohnort

7 Bundesland Steuerliche Identifikationsnummer ①
(nur bei Vollzeitmaßnahmen mit Kranken- und Pflegeversicherung erforderlich)

8 Telefon (tagsüber erreichbar) E-Mail - Angabe wird empfohlen

9 Geburtsdatum Geburtsort

10 Familienstand Datum
 ledig seit verheiratet in eingetragener Lebenspartnerschaft dauernd getrennt lebend verwitwet geschieden/aufgehoben

11 Staatsangehörigkeit ② deutsch andere, und zwar

12 Staatsangehörigkeit der/des Ehegattin/Ehegatten/ eingetragenen Lebenspartnerin/Lebenspartners, und zwar ③ Staatsangehörigkeit der Eltern, und zwar ③

Bitte Nachweise beifügen

2. Der Bescheid soll nicht an mich, sondern gerichtet werden an:

13 Name/Bezeichnung ④ Vorname(n)

14 Anschrift (Straße) Hausnummer

15 ggf. Auslands-kennzeichen Postleitzahl Wohnort

3. Bankverbindung

16 Name und Sitz des Geldinstituts

17 Name und Vorname der Kontoinhaberin/des Kontoinhabers (falls abweichend von Zeile 3 und 4)

18 IBAN BIC

4. Ich beantrage die Förderung für folgende Fortbildungsmaßnahme/folgenden Maßnahmeabschnitt: ⑤

19 Bezeichnung des angestrebten beruflichen öffentlich-rechtlichen Fortbildungsabschlusses

20 Veranstalter Telefon

21 Beginn der Maßnahme/des Maßnahmeabschnitts Ende der Maßnahme/des Maßnahmeabschnitts

22 voraussichtliche Prüfungsstelle

Bereitet der Lehrgang – abgesehen von dem angestrebten Abschluss in Ziff. 4 – auf einen weiteren Abschluss (z. B. Zertifikat oder öffentlich-rechtliche Prüfung) vor? ja nein

23 Wenn ja, welcher Abschluss/welche Abschlüsse

5. Fortbildungsplan

Ich beabsichtige, folgende Maßnahme/ Maßnahmeabschnitte zu absolvieren bzw. ich habe bereits absolviert:

(Bitte alle Maßnahmeabschnitte auflühren)

| von/bis | Bezeichnung der Maßnahme/des Maßnahmeabschnitts | Vollzeit | Teilzeit | Unterrichtsstunden |
|------------------------------------|---|-------------------------------------|--------------------------|--------------------|
| B 10/17 - 6/18 | Meistervorbereitungslehrgang Teil I und Teil II | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | B 800 |
| | | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | |
| 24 | | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | |
| 25 | | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | |
| 26 | | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | |
| 27 | | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | |
| 28 | | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | |
| Gesamtzahl der Unterrichtsstunden: | | | | |

29 **Wenn bereits eine Förderung für diese Maßnahme bewilligt worden ist, gibt es Änderungen im Fortbildungsplan:**

nein ja, weil

Wichtiger Hinweis:

Insbesondere bei selten angebotenen Fortbildungsteilen sollten Sie sich vor Antragstellung durch den Fortbildungsträger eine Absolvierung innerhalb des maximalen Zeitrahmens nach § 2 Absatz 3 AFBG zusichern lassen. Wird die Maßnahme von Ihnen nicht innerhalb des maximalen Zeitrahmens abgeschlossen, so wird die Förderung regelmäßig für die gesamte Maßnahme zurückgefordert und ist von Ihnen zu erstatten. Das betrifft auch zunächst geförderte Maßnahmeabschnitte, die noch innerhalb des maximalen Zeitrahmens absolviert wurden.

6a. Für die Maßnahme habe ich beantragt oder erhalte zusätzlich zum AFBG

- 30 – Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (Schüler- oder Studierenden-BAföG) ja nein
- 31 – Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (z.B. von der Agentur für Arbeit) oder nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz ja nein
- 32 – Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch ja nein
- 33 – Gründungs- oder Existenzgründungszuschuss nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch ja nein
- 34 – Leistungen auf Grund einer vorhergehenden Krankheit oder eines Unfalls (Leistungen zur Rehabilitation nach den für einen Rehabilitationsträger im Sinne des Neunten Buches Sozialgesetzbuch geltenden Vorschriften) ja nein
- 35 – Begabtenförderung nach den Richtlinien des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ja nein

6b. Andere Kostenerstattung für diese Maßnahme aus öffentlichen Mitteln oder vom Arbeitgeber oder von Fördereinrichtungen

ja nein

Wichtiger Hinweis:

Auch eine zu einem späteren Zeitpunkt zugesagte oder erfolgte nachträgliche Kostenerstattung ist anzugeben und zu belegen.

| | |
|----------------------------------|------|
| 37 beantragt bei/zahlende Stelle | Euro |
|----------------------------------|------|

7. Kosten der Maßnahme/des Maßnahmeabschnitts

- 38 Die Maßnahme/der Maßnahmeabschnitt findet statt in Vollzeitform in Teilzeitform als Fernlehrgang
- Ich beantrage die Förderung
 - 39 der Lehrgangs- und Prüfungsgebühren (Maßnahmebeitrag - bei Vollzeit- und Teilzeitmaßnahmen - bitte Rechnungskopien beifügen; für die Prüfungsgebühren Rechnung/Bescheid in Kopie nachreichen)
 - 40 des Lebensunterhaltes (monatlicher Unterhaltsbeitrag - nur bei Vollzeitmaßnahmen)
 - 41 zusätzlich die Förderung der Kosten für das Meisterprüfungsprojekt/die fachpraktische Arbeit (Für die Abrechnung bitte zu gegebener Zeit Formblatt M ausfüllen).

Wichtiger Hinweis:

Liegt der Prüfungstermin nach dem Maßnahmeende, können Teilnehmer/innen an Vollzeitmaßnahmen ggf. den Unterhaltsbetrag für bis zu weitere drei Monate auf Darlehensbasis erhalten (Bitte hierzu gesondertes Formblatt G ausfüllen).

Bitte Nachweise beifügen

Bitte Nachweise beifügen

Bitte Nachweise beifügen

Zeile

8. Tabellarischer schulischer – außer allgemeinbildenden Schulen – und beruflicher Werdegang, Lebenslauf (auch evtl. Hochschulabschlüsse und vorheriger auch abgebrochener Fort- und Weiterbildungen):

(Bitte die jeweiligen Prüfungszeugnisse beifügen):

Bitte Nachweise beifügen

| von – bis Monat/Jahr | besuchte Maßnahme/Bezeichnung/Tätigkeit | Abschluss |
|-------------------------|---|---|
| 42 | | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| 43 | | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| 44 | | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| 45 | | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| 46 | | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |
| 47 | | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein |

Falls der Platz nicht ausreicht, verwenden Sie bitte ein Beiblatt. Das Beiblatt muss **unterschrieben** werden.

48 **Haben Sie für eine oder mehrere dieser Maßnahmen bzw. für eine sonstige Maßnahme eine Förderung nach dem AFBG erhalten, unabhängig davon, ob die Förderung zurückgezahlt wurde?** ja nein

49 wenn ja, wann für welche

Förderungsnummer Zuständiges Amt

50

Nur bei Vollzeitmaßnahmen oder wenn ein Kinderbetreuungszuschlag beantragt wird

9. Kinder, soweit für sie ein Kindergeldanspruch besteht: (weitere Kinder bitte auf zusätzlichem Blatt angeben) ⑥

| | 1. Kind | 2. Kind | 3. Kind |
|----|---|---------|---------|
| 51 | Familienname, Vorname(n) | | |
| 52 | Geburtsdatum Tag Monat Jahr | | |
| 53 | Behinderung <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein | | |
| 54 | Wohnung <input type="checkbox"/> bei den Eltern/einem Elternteil <input type="checkbox"/> nicht im Haushalt der Teilnehmerin/des Teilnehmers | | |
| 55 | Gemeinsames Kind <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein | | |
| 56 | wenn nein, Kind nur im Verhältnis zum Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner | | |
| 57 | zur/zum Teilnehmerin/Teilnehmer | | |
| 58 | <input type="checkbox"/> Stiefkind, Pflegekind, Enkelkind soweit im Haushalt aufgenommen | | |
| 59 | Bei Schülern und Studierenden: derzeitige Klasse/Semester | | |
| 60 | Bei Auszubildenden: Name und Art der Ausbildungsstätte/Ausbildungsverhältnis | | |
| 61 | Ausbildungsbeginn Tag Monat Jahr | | |
| 62 | voraussichtliches Ausbildungsende Tag Monat Jahr | | |
| 63 | voraussichtlicher Abschluss als Art | | |
| 64 | Ausbildungsmaßnahmen zur beruflichen Förderung als behinderter Mensch <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein | | |
| 65 | Art der Einnahme/n ⑦ (Belege bitte beifügen) | | |
| 66 | Einnahmen monatlich Euro | | |

Bitte Nachweise beifügen

10. Nur für alleinerziehende Teilnehmerinnen/Teilnehmer an einer Fortbildungsmaßnahme:

Während der Maßnahme/der Maßnahmeabschnitte betreue ich das Kind/die Kinder

67 Familienname, Vorname(n) Familienname, Vorname(n) Familienname, Vorname(n)

in meinem Haushalt. Das Kind/Die Kinder ist/sind unter 10 Jahre/n und ich wohne nicht in einer Hausgemeinschaft mit anderen volljährigen Personen, die nicht Kinder im Sinne von Nummer 10 sind.

Bitte Nachweise beifügen

Nur bei Vollzeitmaßnahmen:**11. Angaben zum Einkommen / Vermögen**

- 68 Ich erziele während der Fortbildung voraussichtlich Einkommen gem. Anlage 1 zum Formblatt A ja nein
- 69 Ich verfüge zum Zeitpunkt der Antragstellung über Vermögen gem. Anlage 1 zum Formblatt A ja nein
- 70 Ich habe noch nicht bewilligte Sozialleistungen (z.B. Waisenrente) beantragt ja nein

Wichtiger Hinweis:

Nachträgliche Einnahmen/bewilligte Sozialleistungen werde ich unverzüglich und unaufgefordert mit der Anlage 1 zum Formblatt A als Änderungsmitteilung nachweisen.

12. Angaben zur Kranken- und Pflegeversicherung während der Maßnahme**Angaben zur Krankenversicherung**

- 71 Ich bin gesetzlich familienversichert. ja nein
- 72 Ich bin selbst gesetzlich versichert.
(Bitte Krankenversicherungsbescheinigung bzw. Versicherungsvertrag in Kopie beifügen.) ja nein
- Ich bin privat versichert.
(Bitte Bescheinigung des Versicherungsunternehmens beifügen, mit Angaben zu Ihrem Monatsbeitrag zum Zeitpunkt der Antragstellung sowie zu der Frage, ob Ihre Vertragsleistungen auch gesondert berechenbare Unterkunft und wahlärztliche Leistungen bei stationärer Krankenhausbehandlung umfassen.) ja nein

Angaben zur Pflegeversicherung

- 74 Ich bin selbst beitragspflichtig pflegeversichert nein ja, bei (Bitte Nachweis vorlegen)

bitte
Nachweise
beifügen

Wichtige Hinweise**Mir ist bekannt,**

- dass eine regelmäßige Teilnahme an der Maßnahme verpflichtend ist und zum Nachweis der regelmäßigen Teilnahme sechs Monate nach Beginn, zum Ende und bei Abbruch der Maßnahme bzw. bei bis zum 31.07.2016 begonnenen Maßnahmen spätestens nach der Hälfte der Laufzeit der Maßnahme ein Teilnahmenachweis (Formblatt F) vorgelegt werden muss.
- dass eine regelmäßige Teilnahme nur dann vorliegt, wenn die Teilnahme an 70 Prozent der Präsenzstunden und bei Fernunterricht oder bei mediengestütztem Unterricht an 70 Prozent der Leistungskontrollen nachgewiesen wird (§ 9a).
- dass ich bei einer Teilnahme an einer Fortbildungsmaßnahme verpflichtet bin, **jede Änderung** meiner Fortbildung (z.B. Nichtantritt, Abbruch, Unterbrechung, auch wegen Krankheit oder Schwangerschaft, Änderung, Kündigung, nicht regelmäßige Teilnahme etc.) **unverzüglich der zuständigen AFBG-Stelle mitzuteilen**.
- dass ich verpflichtet bin, jede sonstige förderrelevante Änderung, wie z.B. Anschrift, Bankverbindung, anderweitige Kostenerstattung bei Vollzeitmaßnahmen, zusätzlich jede Änderung
 - meiner wirtschaftlichen Verhältnisse (z.B. des von mir erzielten Einkommens) sowie
 - meiner Familiensituation (z.B. Scheidung, Wohnortwechsel)
 über die in diesem Antrag Erklärungen abgegeben worden sind, **unverzüglich der zuständigen AFBG-Stelle schriftlich anzuzeigen**.
- dass **unrichtige oder unvollständige Angaben oder die Unterlassung von Änderungsanzeigen strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden können und dass zu Unrecht gezahlte Beträge zurückgefordert werden**.
- dass meine Angaben in dieser Erklärung überprüft werden können.
- dass im Falle der Bewilligung von Bankdarlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die für die Darlehensrückzahlung erforderlichen Daten zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der AFBG-Behörde ausgetauscht werden.

Einverständniserklärung

Ich bin damit einverstanden, dass mein Name, meine Adresse, meine Telefonnummer sowie ggf. meine E-Mail-Adresse zur Kontaktaufnahme für eine Evaluierung des AFBG verwendet und an ein zu diesem Zweck vom Bundesministerium für Bildung und Forschung beauftragtes Forschungsinstitut weiter geleitet werden können. Ja Nein

- 75 Ich bestätige, dass ich die Hinweise zum Antrag auf Förderung nach dem AFBG sowie das Hinweisblatt bzw. die Hinweise unter www.aufstiegs-bafög.de/hinweise zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zur Kenntnis genommen habe. Ich versichere, dass meine Angaben richtig und vollständig sind und im amtlichen Formblatt keine Änderungen vorgenommen wurden.

76 Ort, Datum

Unterschrift der Antragstellerin/des Antragstellers

Unterschrift
nicht
vergessen

Hinweise zum Ausfüllen des Formblattes A

Nach § 27a AFBG i. V. m. § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch sind Sie verpflichtet, alle Tatsachen anzugeben, die für die Sachaufklärung erforderlich sind, und die verlangten Nachweise vorzulegen. Ihre Angaben sind gemäß den Vorschriften des AFBG (§ 19 Abs. 2 AFBG, § 21 Abs. 2 AFBG) für die Entscheidung über den Antrag notwendig. Kommen Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nach, kann Ihnen die Förderung nach dem AFBG versagt oder entzogen werden (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch). Die Daten werden maschinell verarbeitet und gespeichert. Informationen zu Ihren datenschutzrechtlichen Informationsrechten nach Art. 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) finden Sie im Hinweisblatt zur AFBG-Antragstellung sowie auch unter www.aufstiegs-bafög.de/hinweise.

- ① Die Steuer-ID ist erforderlich für eine jährliche Meldung an die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen, in welchem Umfang eine Förderung zu den Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung geleistet worden ist.
- ② Ausländerinnen und Ausländer bitte Pass oder Passersatz sowie Nachweis über Aufenthaltstitel (z.B. Niederlassungserlaubnis) vorlegen, ggf. ist zusätzlich Anlage 3 zu Formblatt A auszufüllen.
- ③ Nur auszufüllen, soweit die Antragstellerin/der Antragsteller nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt.
- ④ Eltern, Betreuer o.ä.
- ⑤ Eine Förderung nach dem AFBG wird für eine, in Ausnahmefällen auch eine weitere Fortbildung geleistet. Eine Fortbildungsmaßnahme kann aus mehreren Maßnahmeabschnitten (z.B. Teil I bis IV des Meisterlehrgangs) bestehen.
- ⑥ Kinder der Teilnehmerin/des Teilnehmers sind eheliche, für ehelich erklärte, an Kindes statt angenommene und nichteheliche Kinder sowie andere Personen im Sinne des § 2 Bundeskindergeldgesetz, für die ein Anspruch auf Kindergeld besteht.
- ⑦ Einnahmen sind zum Beispiel Ausbildungsvergütungen, Einnahmen aus einem Arbeitsverhältnis, Ferien- oder Gelegenheitsarbeit und Unterhaltsleistungen, soweit nicht vom erklärenden Elternteil.

Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) – sog. „Aufstiegs-BAföG“ – Merkblatt

Sehr geehrte Antragstellerin, sehr geehrter Antragsteller!

Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) verfolgt das Ziel, Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Aufstiegsfortbildung finanziell zu unterstützen. Das Gesetz ist ein umfassendes Förderinstrument für die berufliche Fortbildung in nahezu allen Berufsbereichen, und zwar unabhängig davon, in welcher Form sie durchgeführt wird (Teilzeit/Vollzeit, schulisch/außerschulisch, Fernunterricht).

Füllen Sie die Antragsformulare bitte sorgfältig und gut lesbar aus. Beachten Sie die Hinweise und fügen Sie die erforderlichen Belege und Nachweise bei. Nur dann kann die Bewilligungsstelle Ihren Antrag zügig bearbeiten und Zahlungen rechtzeitig leisten.

Alle Fragen sind zu beantworten, ggf. „auszunutzen“ bzw. zu entwerten. Nichtzutreffendes bitte streichen. Sie vermeiden dadurch unnötige Rückfragen, die die Antragsentscheidung verzögern!

Für Maßnahmen, die vor dem 01.08.2016 begonnen haben und noch nicht abgeschlossen sind, gelten die Regelungen des Gesetzes in der bis zum Ablauf des 31.07.2016 geltenden Fassung mit Ausnahme der §§ 10, 12 und 17a.

Umfassende Informationen zum Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG), sog. „Aufstiegs-BAföG“, können Sie auch dem Flyer „Vom Meister- zum Aufstiegs-BAföG – Das neue Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)“ entnehmen.

Antragsformulare und Informationen erhalten Sie auch unter www.aufstiegs-bafög.de.

1. Welche Maßnahmen werden gefördert?

Gefördert wird eine, in Ausnahmefällen auch eine weitere berufliche Fortbildungsmaßnahme, die gezielt vorbereitet auf

- Fortbildungsabschlüsse zu öffentlich-rechtlich geregelten Prüfungen auf der Grundlage des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) oder der Handwerksordnung (HwO)
- gleichwertige Fortbildungsabschlüsse nach bundes- oder landesrechtlichen Regelungen oder
- gleichwertige Fortbildungsabschlüsse an anerkannten Ergänzungsschulen auf der Grundlage staatlich genehmigter Prüfungsordnungen

Die Fortbildungsmaßnahme muss mindestens

- 400 Unterrichtsstunden umfassen (Minstdauer)
- in Vollzeitform nicht länger als 36 Monate dauern (maximaler Vollzeit-Zeitrahmen) und es müssen in der Regel in jeder Woche an 4 Werktagen Lehrveranstaltungen mit mindestens 25 Unterrichtsstunden stattfinden (Vollzeit-Fortbildungsdichte)
- in Teilzeitform nicht länger als 48 Monate dauern (maximaler Teilzeit-Zeitrahmen) und es müssen im Durchschnitt mindestens 18 Unterrichtsstunden je Monat stattfinden (Teilzeit-Fortbildungsdichte).

Liegen keine bundes- oder landesrechtlichen Regelungen vor, ist auch die Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen förderfähig, die auf gleichwertige Fortbildungsabschlüsse nach den Weiterbildungsempfehlungen der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) vorbereiten.

Unterrichtsstunden:

Jeweils 45 Minuten einer Lehrveranstaltung gelten als Unterrichtsstunde. Förderfähige Unterrichtsstunden sind Präsenzlehrveranstaltungen, deren Inhalte in der Prüfungsregelung verbindlich vorgegeben sind. In förderfähigen Unterrichtsstunden müssen die nach den Fortbildungsregelungen und Lehrplänen vorgesehenen beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten durch hierzu qualifizierte Lehrkräfte des Trägers planmäßig geordnet vermittelt werden. Förderfähig ist nur die für das Erreichen des jeweiligen Fortbildungsziels angemessene Anzahl von Unterrichtsstunden. Erreicht der Lehrgang die für eine Förderung erforderliche Mindeststundenzahl, werden zusätzlich die im Lehrplan des Bildungsträgers verbindlich vorgesehenen Klausurenkurse und Prüfungssimulationen mit bis zu 10 Prozent der nach diesem Gesetz förderfähigen Gesamtstunden der Unterrichtsstunden, höchstens aber 50 Stunden, als förderfähig anerkannt.

Reine, vom Träger als solche ausgewiesene Wiederholungsstunden, Repetitorien, dem Präsenzunterricht nicht vergleichbare Chatroomstunden, Selbstlernphasen, Praktika und fakultative Zusatzmodule, die häusliche Vor- und Nachbereitung des Unterrichtsstoffes usw. sind keine Unterrichtsstunden im Sinne des AFBG.

- **Fernunterrichtslehrgänge** können ebenfalls gefördert werden, wenn sie den Anforderungen des Fernunterrichtsschutzgesetzes entsprechen.
- **Mediengestützte Lehrgänge** sind unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls förderfähig.

2. Welche Leistungen werden gewährt?

Maßnahmebeitrag: Bei Voll- und Teilzeitmaßnahmen umfasst die Förderung die **Lehrgangs- und Prüfungsgebühren** sowie die **Kosten des Meisterprüfungsprojektes** (Zuschuss- und Darlehensanteil).

Unterhaltsbeitrag: Bei Vollzeitmaßnahmen umfasst die Förderung zusätzlich zu den Maßnahmebeiträgen auch einen **monatlichen Beitrag zum Lebensunterhalt** (Zuschuss- und Darlehensanteil).

Kinderbetreuungszuschlag: Bei Vollzeit- und Teilzeitmaßnahmen erhalten Alleinerziehende für die Betreuung des Kindes/der Kinder einen Zuschuss.

Leistungen während der Prüfungsphase: Bei Vollzeitmaßnahmen kann während der Prüfungsphase ein Darlehen maximal in Höhe des Unterhaltsbeitrages zuzüglich des Kinderbetreuungszuschlags gewährt werden (Formblatt G).

3. Welche Stellen sind zuständig?

Förderanträge sind schriftlich an die nach Landesrecht zuständige Behörde zu richten. Für die Entgegennahme von Förderanträgen und für die Betreuung im Einzelfall sind in der Regel die kommunalen Ämter für Ausbildungsförderung bei den Kreisen und kreisfreien Städten am ständigen Wohnsitz der Antragstellerin bzw. des Antragstellers zuständig.

Die jeweiligen Adressen finden Sie unter www.aufstiegs-bafög.de oder können Sie unter der gebührenfreien AFBG-Hotline 0800/6223634 telefonisch erfragen.

4. Welche Antragsfristen sind zu beachten?

Anträge sollten rechtzeitig vor Beginn der Maßnahme gestellt werden.

Maßnahmebeiträge (Lehrgangs- und Prüfungsgebühren, Kosten des Meisterprüfungsprojektes):

Anträge müssen spätestens bis zum letzten Unterrichtstag der Maßnahme, bei mehreren Maßnahmeabschnitten bis zum Ende eines jeden Maßnahmeabschnitts beim zuständigen Amt eingegangen sein. Die Abrechnung der tatsächlichen Kosten für das Meisterprüfungsprojekt muss gesondert beantragt werden (Formblatt M).

Unterhaltsbeiträge, Kinderbetreuungszuschlag und Leistungen während der Prüfungsvorbereitungsphase:

Anträge müssen frühzeitig vor Beginn der Maßnahme/der Prüfungsvorbereitungsphase gestellt werden. Diese Leistungen werden ab Beginn des Monats gewährt, in dem der Lehrgang tatsächlich beginnt. Sie werden frühestens jedoch vom Beginn des Antragsmonats an gewährt. Eine rückwirkende Bewilligung dieser Leistungen ist nicht möglich. Die Leistungen für die Prüfungsvorbereitungsphase müssen gesondert beantragt werden.

5. Bewilligungsverfahren und Bescheid:

Die zuständige Behörde entscheidet auf Antrag der Teilnehmerin/des Teilnehmers über die Höhe, Art, Dauer und Zusammensetzung der Förderung (Bescheid).

Bei Vollzeitmaßnahmen werden auf den Unterhaltsbeitrag Einkommen und Vermögen der Teilnehmerin und des Teilnehmers sowie Einkommen ihrer Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner abzüglich von Freibeträgen angerechnet. Einkommen und Vermögen der Eltern bleiben außer Betracht. Bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sind die aktuellen, für den Bewilligungszeitraum glaubhaft gemachten Einkommensverhältnisse entscheidend. Bei der Anrechnung des Einkommens der Ehegatten/eingetragenen Lebenspartnern wird von den Einkommensverhältnissen im vorletzten Kalenderjahr ausgegangen.

Auf der Grundlage des Bescheides erhalten Sie ein Darlehensangebot von der **Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)**.

Zur Vermeidung unbilliger Härten kann auf besonderen Antrag über die üblichen Freibeträge hinaus von Ihrem Einkommen und Vermögen sowie vom Einkommen des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners ein weiterer Teil anrechnungsfrei gestellt werden.

6. Wo und wie sind die Darlehen zu beantragen?

Der Förderbescheid ist Grundlage für einen Darlehensvertrag mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), 53170 Bonn.

Der Darlehensvertrag kann nur innerhalb von **drei Monaten** abgeschlossen werden. Diese Frist ergibt sich aus dem Bescheid. Die im Bescheid ausgedruckten Beträge sind Maximalbeträge. Die Teilnehmerin/Der Teilnehmer kann auch ein geringeres Darlehen als im Bescheid ausgewiesen ist, beantragen. Die Rückzahlungspflicht beginnt zwei Jahre nach Ablauf der Fortbildungsmaßnahme, spätestens jedoch sechs Jahre nach dem Beginn des ersten Maßnahmeabschnitts dieser Fortbildungsmaßnahme.

Das Darlehen ist ab Beginn der Rückzahlung zu verzinsen. Der Zinssatz ist variabel, es kann aber auch mit der KfW ein Festzins vereinbart werden. Das Darlehen ist innerhalb von längstens zehn Jahren mit einer monatlichen Mindestrate von 128 Euro zurückzuzahlen.

7. Welche einkommensunabhängigen Erlassmöglichkeiten gibt es?

(Hinweis: Erlasse sind bei der Einkommensteuererklärung anzugeben.)

Erlass bei Bestehen der Abschlussprüfung:

Wird die Abschlussprüfung erfolgreich bestanden, können auf Antrag 40 Prozent des auf die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren (Maßnahmebeitrag) entfallenden Restdarlehens erlassen werden. Der Antrag ist bei der KfW zu stellen.

Erlass bei Existenzgründung:

Existenzgründern wird unter bestimmten Voraussetzungen auf Antrag 33 Prozent bzw. 66 Prozent des auf die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren (Maßnahmebeitrag) entfallenden Restdarlehens erlassen. Der Antrag ist ebenfalls bei der KfW zu stellen.

8. Welche Formblätter und Nachweise sind für die Beantragung von Leistungen nach dem AFBG erforderlich?

Bei Teilzeitmaßnahmen:

Formblatt A (Antrag)

Formblatt B (Bescheinigung der Fortbildungsstätte)

Formblatt F (Teilnahmenachweis – **wird zu einem späteren Zeitpunkt von der bewilligenden Stelle angefordert**)

Formblatt M (Nachweis der tatsächlich entstandenen Materialkosten des Meisterprüfungsprojektes/der fachpraktischen Arbeit)

Formblatt Z (Bestätigung der Zulassungsvoraussetzungen)

Bei Vollzeitmaßnahmen:

Formblatt A (Antrag)

Anlage 1 zum Formblatt A (Angaben zum Einkommen und Vermögen)

Anlage 2 zum Formblatt A (Einkommenserklärung der Ehegattin/der eingetragenen Lebenspartnerin bzw. des Ehegatten/des eingetragenen Lebenspartners)

Anlage 3 zum Formblatt A (Zusatzblatt für Ausländerinnen/Ausländer)

Formblatt B (Bescheinigung der Fortbildungsstätte)

Formblatt F (Teilnahmenachweis – **wird zu einem späteren Zeitpunkt von der bewilligenden Stelle angefordert**)

Formblatt G (Prüfungsvorbereitungsphase)

während der Dauer der Fortbildung)

Formblatt M (Nachweis der tatsächlich entstandenen Materialkosten des Meisterprüfungsprojektes/der fachpraktischen Arbeit)

Formblatt Z (Bestätigung der Zulassungsvoraussetzungen)

Bei Aktualisierungen des Einkommens

der Ehegattin/der eingetragenen Lebenspartnerin bzw. des Ehegatten/des eingetragenen Lebenspartners:

Formblatt D